

09.04.2018



Viele Garagennutzer dieses Standorts an der Adlerstraße haben von der NeuwoGes neue Verträge vorgelegt bekommen. Damit wird es für sie künftig wesentlich teurer, ihr Auto trocken unterzustellen.

FOTOS: JÖRG FRANZE (3)/JENS BÜTTNER

## Garagen: Preisschock trifft ein ganzes Viertel

Von Jörg Franze

Die NeuwoGes hat weitere Standorte ausgewählt, an denen das Unternehmen den Nutzern neue Verträge vorschreibt. Damit sollen Eigentumsverhältnisse geklärt und ein Sanierungsstau beseitigt werden. Aber es regt sich Widerstand.

**NEUBRANDENBURG.** Jetzt ist das Vogelviertel dran: Die Neubrandenburger Wohnungsgesellschaft (NeuwoGes) hat eine weitere Runde in der Anpassung von Garagennutzungsverträgen in der Viertelrestadt eingeläutet. Nachdem im vergangenen Jahr rund 190 Autofahrer in der Ost- und Südstadt neue Verträge zu deutlich höheren Preisen als bisher angeboten bekommen hatten, sind in den zurückliegenden Wochen insgesamt 362 Nutzer von Garagen im Vogelviertel angeschrieben worden. Nach Auskunft von NeuwoGes-Sprecher Matthias Trenn handelt es sich um Standorte im Elsterweg, in der Adler-, Greif- und Bertold-Brecht-Straße sowie in der Nähe des Loksuppen-Areals.

**Entscheidung bis zum 25. Mai gefordert**  
Auf die Nutzer kommt eine Kostensteigerung zu, die je nach Vertrag beim Fünffachen des vorherigen Betrags liegen kann. Wer bisher noch uralte Konditionen hatte, lag bei rund 100 Euro im Jahr. Künftig will die NeuwoGes auch an den Standorten im Vogelviertel eine Monatsmiete von 33 Euro plus Mehrwertsteuer verlangen, das würde gut 470 Euro pro



Auch dieser Komplex direkt neben der Fußgängerbrücke „Hahnentritt“ ist betroffen.

Jahr an Kosten bedeuten. Die Nutzer müssen sich bis zum 25. Mai entscheiden, ob sie den neuen Verträgen, die ab 1. Januar 2019 gelten sollen, zustimmen. Wenn sie dies nicht tun, greift eine vorsorglich von der NeuwoGes ausgesprochene Kündigung für den bisherigen Vertrag. Hintergrund dieser Maßnahme ist das sogenannte Schuldrechtsanpassungsgesetz, das dem Wohnungsunternehmen die Möglichkeit gibt, das Eigentum an den Grundstücken und Gebäuden zusammenzuführen.

Begründet wird das Handeln außerdem mit einem notwendigen Instandhaltungsstau in den Garagenkomplexen. Bisher sei es Sache der Nutzer gewesen, die Gebäude, Zäune und Wege in Ordnung zu halten beziehungsweise zu erneuern. Doch immer wieder habe auch die NeuwoGes Geld aufwenden müssen, die Einnahmen würden die Ausgaben seit mehreren Jahren nicht mehr decken. Insbesondere bei wohnort-nahen Garagenkomplexen sei die Übernahme in eigene Bewirtschaftung

„dringend erforderlich, um die Attraktivität der Standorte nachhaltig zu sichern und zu fördern“, so Trenn.

Im vergangenen Jahr war die NeuwoGes bereits an drei Standorten in der Niels-Stensen-, John-Schehr- und Villejuifer Straße so vorgegangen. Dort regte sich zum Teil zwar erheblicher Widerstand der Betroffenen, auch der Mieterverein schaltete sich ein und prüfte das Vorgehen. Letztlich hätten aber rund 80 Prozent der Nutzer dieser drei Anlagen das NeuwoGes-Angebot angenommen, bilanziert Matthias Trenn. Die Abnahme der gekündigten Garagen sei inzwischen erfolgt. Zwangsrumumgen habe es nicht geben müssen. Für drei Garagen würden derzeit noch Entschädigungsansprüche geprüft.

**Interessengemeinschaft ist gegründet worden**

Auch in den jetzt betroffenen Komplexen gibt es Unmut: In der Elsterstraße zum Beispiel ruft „ein kämpferischer Garagenbesitzer“ andere Betroffene auf, sich bei Rechtsanwalt Jochen Lansky zu melden.

Der Jurist, der auch Chef des Mieterbundes in Mecklenburg-Vorpommern ist, vertritt dem Schreiben zufolge eine inzwischen gebildete Interessengemeinschaft, die sich gegen die Vorgehensweise der NeuwoGes wehren will. Neben der gewaltigen Kostensteigerung komme die Umwandlung der bisherigen Pacht- in Mietverträge einer Enteignung gleich, heißt es dort. Lansky hatte auf Anfrage des Nordkurier mehrfach betont, dass die Gesetze diese Vertragsanpassung grundsätzlich zulassen würden, sah allerdings je nach Einzelfall Chancen für eine Entschädigung des Garagennutzers.

Ein Problem, mit dem sich Elisabeth Wissler allerdings nicht mehr rumschlagen will. Die rüstige Rentnerin parkte beim Nordkurier-Besuch im Garagenkomplex an der Adlerstraße gerade ihren Wagen ein und löst das Thema für sich auf andere Weise. „Ich habe beschlossen, Ende des Jahres meinen Führerschein abzugeben. Mit dann 88 Jahren will ich nicht mehr Auto fahren“, sagt sie.

Doch trotzdem findet sie das Vorgehen der NeuwoGes ungerecht, schließlich sei es ihre Garage. Eigentlich wollte sie den Auto-Unterstand noch etwas ausbessern und für kleines Geld oder gar kostenfrei an einen Interessenten abgeben. Nun allerdings wird sie wohl die Kündigung hinnehmen. „Aber ich werde trotzdem mal prüfen lassen, ob mir eine Entschädigung zusteht“, will sich Elisabeth Wissler über ihre Rechte kundig machen.

**Kontakt zum Autor**  
j.franze@nordkurier.de